



Beauftragte für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen
Shanghaiallee 12, 20457 Hamburg

| | |
|-----------|--|
| Name | Pastorin Diетlind Jochims |
| Durchwahl | +49 40 369002-62 / 60 |
| Fax | +49 40 369002-69 |
| E-Mail | Diетlind.Jochims@oemf.nordkirche.de |

„Das unerträgliche Warten beenden! Familiennachzug für Geflüchtete ermöglichen“

Erklärung der Regionalen Flüchtlingsbeauftragten der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland (Nordkirche)

Auf der Grundlage des Evangeliums ist der Schutz von Familien uns als Christinnen und Christen ein wichtiges Anliegen. Die hohe Wertschätzung und Unterstützung der Familie ist auch Gebot der deutschen Verfassung und der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Für geflüchtete Menschen ist die schützenswerte Einheit der Familie allerdings schwer zu leben: Zwar gibt es für anerkannte Flüchtlinge ein Recht auf Familiennachzug, doch seine Umsetzung scheitert in der Praxis allzu oft an bürokratischen und juristischen Hindernissen, wird mitunter sogar über Jahre verhindert. So beträgt allein die Wartezeit für einen Termin zur Visumbeantragung bei der deutschen Botschaft im Libanon mehr als 18 Monate. Und die Beantragung eines Visums ist erst möglich nach ebenfalls monatelangem Warten auf Antragstellung, auf Anhörung und auf Entscheidung des Asylgesuchs.

Verschärft wird dieses unerträglich lange Warten durch die derzeitige Rechtslage in Deutschland: Für Asylsuchende, die lediglich den subsidiären Schutz zugesprochen bekommen, ist der Familiennachzug bis 16.03.2018 vollständig ausgesetzt. Seit dem Inkrafttreten dieser gesetzlichen Bestimmung am 17.03.2016 hat sich die Einordnung von syrischen Geflüchteten in diese Kategorie von unter 0,5 Prozent auf 70 Prozent erhöht. Faktisch hat so selbst ein 14-jähriges syrisches Kind kaum Chancen, seine Eltern vor Erreichen seiner Volljährigkeit nach Deutschland zu holen. Die Väter, die zuerst geflohen sind, um ihre Frauen und Kinder nicht der gefährlichen Flucht auszusetzen, werden ihre Babys frühestens wiedersehen, wenn sie Schulkinder sind.

Die Folgen sind für die Betroffenen dramatisch:

Familien werden zerrissen. Die seelische Not der Angehörigen wächst, und psychisch Kranke werden zusätzlich traumatisiert. Angehörige im Ausland bleiben ohne Schutz, und die Bemühungen um Integration hier werden nachhaltig unterlaufen.

Von diesen Beschwerden hören wir bei der Beratung und Begleitung von Geflüchteten und ihren Unterstützenden in unseren Kirchenkreisen immer wieder.

Wir fordern die unverzügliche Beseitigung der rechtlichen und verwaltungspraktischen Hürden für den Familiennachzug zu Geflüchteten in Deutschland.

Wir setzen uns ein für eine Flüchtlingspolitik, bei der schutzsuchende Familien nicht zu einer Trennung gezwungen werden.

Dies schließt folgende Forderungen ein:

- Abschaffung der Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Geschützte
- Verkürzung der Wartefristen für Termine bei den Botschaften
- Beschleunigung der Visaerteilungsverfahren bei den Botschaften
- Großzügige Erteilung humanitärer Visa zur Aufnahme schutzsuchender Familienangehöriger
- Stärkung der Beratungsinfrastruktur für Familiennachzug

Wir bitten auch die Erste Kirchenleitung der Nordkirche, sich weiterhin über die EKD bei der Bundesregierung für dieses Anliegen einzusetzen.

Wir wollen in der Praxis weiter dafür einstehen, dass Menschen mit ihren Familien zusammenleben können. Geflüchtete werden wir weiterhin dabei unterstützen, ihren Familien eine Einreise nach Deutschland zu ermöglichen.

Die Flüchtlingsbeauftragten aller Kirchenkreise der Nordkirche am 16. März 2017:

Walter Bartels (Mecklenburg), Yvonne Berner (Nordfriesland), Mareike Brombacher (Schleswig-Flensburg), Susanne Danhier (Altholstein), Christine Deutscher (Pommern), Birgit Duskova (Rantzau-Münsterdorf), Sibylle Gundert-Hock (Mecklenburg), Hanna Hanke (Hamburg-West/Südholstein), Elisabeth Hartmann-Runge (Lübeck-Lauenburg), Mischa Helfmann (Hamburg-Ost), Volker Holtermann (Ostholstein), Sandra Ruge-Tolksdorf (Dithmarschen), Astrid Schukat (Plön-Segeberg), Walter Wiegand (Rendsburg-Eckernförde)

Dietlind Jochims, Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche